

## 620174-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Datenarchivierung – Vergabe DAN-GEMAG-Betrieb

OJ S 200/2024 14/10/2024

Vorinformation oder eine regelmäßige nicht verbindliche Bekanntmachung als Aufruf zum Wettbewerb – Standardregelung

Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Kooperationsverbund digitale Archivierung Nord (DAN)

E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)

Rechtsform des Erwerbers: Gruppe öffentlicher Stellen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Brandenburg - Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA)

E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Berlin - Landesarchiv Berlin (LA Berlin)

E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Freie Hansestadt Bremen - Staatsarchiv Bremen (StAB)

E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Mecklenburg-Vorpommern - Landesamt für Kultur und Denkmalpflege / Landeshauptarchiv Schwerin (LHA MV)

E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Sachsen-Anhalt - Landesarchiv Sachsen-Anhalt (LASA)

E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Schleswig-Holstein - Landesarchiv Schleswig-Holstein (LA SH)

E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

## 2. Verfahren

---

### 2.1. Verfahren

Titel: Vergabe DAN-GEMAG-Betrieb

Beschreibung: Der Kooperationsverbund Digitale Archivierung Nord (DAN) ist eine länderübergreifende Kooperation der Landesarchive der Bundesländer Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Der Zweck des DAN-Verbunds ist die Sicherstellung der dauerhaften Erhaltung und Verfügbarkeit elektronischer Aufzeichnungen. Im DAN-Verbund arbeiten die Landesarchive der Bundesländer („Kooperationspartner“) bei der Magazinierung und Erhaltung archivwürdiger digitaler Aufzeichnungen zusammen und betreiben ein gemeinsames elektronisches Magazin (GEMAG). An dem GEMAG sind aktuell und werden perspektivisch weitere öffentliche Archive („Magazinpublisher“) im Gebiet der Bundesländer des DAN-Verbundes beteiligt. Die im GEMAG dauerhaft verfügbar zu erhaltenden elektronischen Aufzeichnungen sind öffentliches Kulturgut und gehören künftig zur Kategorie der kritischen Infrastruktur. . Der DAN-Verbund ist Mitglied im Entwicklungsverbund Digitales Magazin (DIMAG). Der DIMAG-Verbund ist eine länderübergreifende Entwicklungspartnerschaft der Landesarchive der Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und der Staatlichen Archive des Freistaats Bayern, des DAN-Verbunds sowie sächsischer Kommunen, schweizerischer Kantonsarchive und des Wiener Stadt- und Landesarchivs. Der Zweck des DIMAG-Verbundes besteht in der gemeinsamen Entwicklung von Software zur Unterstützung der Archive bei der Erhaltung digital gespeicherter Informationen für die Ewigkeit. Das Archivierungssystem des DIMAG-Verbundes wurde nach den Vorgaben des OAIS-Standards (ISO 14721), des PREMIS-Standards und des Nestor-Kriterienkatalogs „Vertrauenswürdige digitale Langzeitarchive“ (DIN 31644) entwickelt. Die DIMAG-Software besteht aus mehreren Modulen ( <https://dimag-wiki.la-bw.de/public/> ). Sie wird in zahlreichen öffentlichen Archiven, insbesondere bei den Kooperations- und Magazinpublishern des DAN-Verbundes, eingesetzt. Die DIMAG-Software unterliegt einer beständigen Weiterentwicklung durch alle beteiligten Entwicklungspartner des DIMAG-Verbundes. . Der technische Betrieb des gemeinsamen elektronischen Magazins des DAN-Verbundes (DAN-GEMAG) unter Einsatz und Weiterentwicklung der Module des DIMAG-Archivierungssystems ist Gegenstand der Vergabe. Die Beauftragung erfolgt in Form einer Rahmenvereinbarung. Abrufberechtigte Auftraggeber der Rahmenvereinbarung sind die Landesarchive der Bundesländer im DAN-Verbund (s. Abschnitt 1). Abrufberechtigt sind darüber hinaus die aktuellen und zukünftigen Magazinpublisher des DAN-Verbundes. Bei den Magazinpublishern handelt es sich ausschließlich um öffentliche Archive (Kommunalarchive, Archive von Zweckverbänden, Hochschul- und Wissenschaftsarchive, Wirtschaftsarchive und sonstige Archive in öffentlicher Trägerschaft) im Gebiet der Bundesländer im DAN-Verbund (Erwägungsgrund 60 Richtlinie 2014/24/EU). . Höchstmenge der Rahmenvereinbarung (vgl. Ziffer 5.1): Der maximal abrufbare Speicherbedarf aller Produktivsysteme (exkl. Referenzsysteme und Testsystem) unter der Rahmenvereinbarung beträgt 150 Terabyte. Aus der Rahmenvereinbarung können maximal 50 Instanzen abgerufen werden.

Kennung des Verfahrens: 9b54739d-a39a-487b-9923-f5d775ebb14b

Interne Kennung: 20098-24 DAN-GEMAG-Betrieb

Verfahrensart: Sonstiges zweistufiges Verfahren

Zentrale Elemente des Verfahrens: Diese Vorinformation dient als Aufruf zum Wettbewerb. Interessierte Unternehmen werden mit dieser Vorinformation aufgefordert, ihr Interesse mitzuteilen (Interessensbekundung). Für das Vergabeverfahren ist keine weitere Auftragsbekanntmachung vorgesehen. . Interessensbekundungen sind in Textform (§ 126b

BGB) in deutscher Sprache unter Angabe der Bezeichnung der Vergabe bzw. des Auftrags (s. Ziffer 2.1) oder Bezugnahme auf diese Vorinformation (s. Ziffer 11.1) per E-Mail an die Vergabestelle ( [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de) ) zu senden. Die Interessensbekundungen müssen ein bestimmtes interessiertes Unternehmen (Interessent) erkennen lassen und eine aktive E-Mail-Adresse enthalten oder benennen, über die der Interessent im weiteren Verfahren erreichbar ist. In den Interessensbekundungen soll eine verantwortliche Ansprechperson mit weiteren Kontaktdaten (Telefon) benannt werden. Mit der Interessensbekundung ist noch keine verbindliche Festlegung dahingehend verbunden, dass nur der Interessent im weiteren Verfahren als Bewerber/Bieter auftreten wird. Die Interessensbekundung dient dem Zweck, von der Vergabestelle über die Möglichkeit zur weiteren Teilnahme am Verfahren informiert zu werden. . Das weitere Verfahren erfolgt im Wege eines Verhandlungsverfahrens ohne gesonderte Auftragsbekanntmachung gemäß § 38 Abs. 4 VgV. Die Vergabestelle wird frühestens 35 Kalendertage nach Absendung dieser Vorinformation die Interessenten zur Bestätigung ihres Interesses an einer weiteren Teilnahme auffordern (Aufforderung zur Interessensbestätigung). Für die Einreichung ihrer Interessensbekundungen sind die interessierten Unternehmen verantwortlich. Ihnen obliegt es, ihre Interessensbekundung frühzeitig zu übermitteln. Die in Ziffer 5.1.12 genannte Frist für den Eingang der Interessensbekundungen ist keine Ausschlussfrist, sondern der Zeitraum binnen dessen eine Berücksichtigung der rechtzeitig eingegangenen Interessensbekundungen gewährleistet ist. Bei der Aufforderung zur Interessensbestätigung wird die Vergabestelle alle bis zur Absendung der Aufforderung zur Interessensbestätigung eingegangenen Interessensbekundungen berücksichtigen. Danach eingehende Interessensbekundungen wird die Vergabestelle bis vier Kalendertage vor Ablauf der Frist für den Eingang der Interessensbestätigungen noch berücksichtigen; eine Verlängerung der Frist zur Interessensbestätigung wird dabei allerdings nicht gewährt. Später eingehende Interessensbekundungen bleiben unberücksichtigt. . An dem folgenden Verhandlungsverfahren werden diejenigen Unternehmen beteiligt, die form- und fristgerecht eine ordnungsgemäße Interessensbestätigung eingereicht und ihre Eignung nachgewiesen haben. Weiterführende Informationen und Bedingungen werden den Interessenten mit der Aufforderung zur Interessensbestätigung mitgeteilt.

#### **2.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72252000 Datenarchivierung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72317000 Datenspeicherung, 72322000 Datenverwaltung, 72227000 Beratung im Bereich Software-Integration, 72212710 Entwicklung von Datensicherungs- oder Wiederherstellungssoftware, 72260000 Dienstleistungen in Verbindung mit Software

#### **2.1.2. Erfüllungsort**

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Das Vergabeverfahren wird am Sitz des Landesarchivs Berlin durchgeführt. Erfüllungsort der Einzelabrufe aus der Rahmenvereinbarung ist der jeweilige Sitz der abrufberechtigten öffentlichen Archive (s. Ziffer 2.1) im Gebiet der Bundesländer Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

#### **2.1.4. Allgemeine Informationen**

Zusätzliche Informationen: Die Vergabeunterlagen mit weiteren Details zu den Leistungs- und Funktionsanforderungen und Vertragsbedingungen sowie weiterführende Informationen und

Bedingungen zur Teilnahme und zum Ablauf werden den beteiligten Unternehmen in den jeweiligen Stadien des weiteren Verfahrens, erstmals mit der Aufforderung zur Interessensbestätigung (s. Ziffer 2.1) zur Verfügung gestellt. . Bewerbergemeinschaften haben mit der Interessensbestätigung eine Erklärung abzugeben, in der u.a. alle Mitglieder und ihre jeweils vorgesehenen Leistungsanteile aufgeführt sind, ein bevollmächtigter Vertreter benannt ist und erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Die erforderlichen Erklärungen und Nachweise zur Eignung sind für jedes Mitglied gesondert mit der Interessensbestätigung vorzulegen. Die Eignungsanforderungen hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Befähigung bzw. Erlaubnis zur Berufsausübung sind von jedem Mitglied zu erfüllen. Die Erfüllung der Eignungsanforderungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit wird nach den jeweils vorgesehenen Leistungsanteilen der Mitglieder beurteilt, soweit keine gesonderte Regelung für bestimmte Eignungsanforderungen (z.B. Haftpflichtversicherung) getroffen ist. Im Übrigen gilt § 43 VgV. . Beabsichtigt ein Bewerber, im Hinblick auf die erforderliche Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen ("Eignungsleihe"), sind mit der Interessensbestätigung die betroffenen Kapazitäten sowie die Namen, die gesetzlichen Vertreter und die Kontaktdaten der anderen Unternehmen anzugeben. Zugleich ist vom Bewerber nachzuweisen, dass ihm die betroffenen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Erfüllung des Auftrages zur Verfügung stehen (z.B. durch Verpflichtungserklärung). Darüber hinaus sind die erforderlichen Erklärungen und Nachweise zur Eignung der anderen Unternehmen mit der Interessensbestätigung vorzulegen. Die Eignungsanforderungen hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Befähigung bzw. Erlaubnis zur Berufsausübung sind von jedem anderen Unternehmen zu erfüllen. Die Erfüllung der Eignungsanforderungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit wird nach den jeweils in Anspruch genommenen Kapazitäten beurteilt, soweit keine gesonderte Regelung für bestimmte Eignungsanforderungen (z.B. Haftpflichtversicherung) getroffen ist. Im Übrigen gilt § 47 VgV. . Die Interessensbestätigung und alle Anlagen sowie nachträglich angeforderte Angaben und Unterlagen sind in deutscher Sprache abzufassen bzw. vorzulegen. Anderssprachigen Unterlagen ist stets zugleich eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Die Vergabestelle behält sich vor, eine amtlich beglaubigte Übersetzung bzw. eine Übersetzung durch einen staatlich beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer zu verlangen. . Weitere Einzelheiten werden den Vergabeunterlagen (Teilnahmebedingungen) zu entnehmen sein, die die Interessenten mit der Aufforderung zur Interessensbestätigung erhalten.

#### **Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

#### **2.1.6. Ausschlussgründe**

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrug: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:  
Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Konkurs: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:  
Zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach §§ 97 Abs. 2, 124 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 bis 126 GWB

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Fakultative Ausschlussgründe nach §§ 124 Abs. 2 bis 126 GWB, § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG, §§ 15, 17 Abs. 3 BerlAVG

## 5. Los

---

### 5.1. Los: LOT-0001

Titel: Betrieb des DAN-GEMAG

Beschreibung: Auftragsgegenstand ist der technische Betrieb des gemeinsamen elektronischen Magazins (GEMAG) des Kooperationsverbunds Digitale Archivierung Nord (DAN) unter Einsatz und Weiterentwicklung der Module des Archivierungssystems des DIMAG-Verbundes. . Die zu beauftragenden Leistungen umfassen insbesondere das Vorhalten und den sicheren Betrieb der erforderlichen Hard- und Software (insbesondere mindestens zwei hochverfügbare Rechenzentren für den Offsite-Backup mit einer ausreichenden Betriebsredundanz nach den Kriterien des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik [BSI] in einem Abstrandsradius von mindestens fünf Kilometern), die Herstellung und Unterhaltung (Betrieb) der erforderlichen Datenanbindungen, den Betrieb und das Hosting des DAN-GEMAG (Datenarchivierung/-speicherung), die Integration, Konfiguration und Pflege der DIMAG-Software, die Sicherung der Integrität des digitalen Archivguts, die regelmäßige Datensicherung und die Erstellung von Risikoanalysen und Sicherheitskonzepten. Zur Leistung gehört auch die Anpassung des DAN-GEMAG an die

Weiterentwicklungen der DIMAG-Module und die Integration neuer DIMAG-Module. . Der Betrieb des DAN-GEMAG muss für jeden einzelnen Auftraggeber (jeden Kooperationspartner und jeden Magazinpartner des DAN-Verbundes) jeweils in einer eigenen und gesonderten Instanz erfolgen. Für jede Instanz sind jeweils mindestens ein Produktivsystem und ein Referenzsystem (Testumgebung) zu betreiben. Innerhalb einer Instanz sind gegebenenfalls mehrere Mandanten einzurichten. Bedarfsweise kann es erforderlich sein, Anwendungs- und Datenbankfunktionalitäten getrennt voneinander und auf verschiedenen Servern zu betreiben. Darüber hinaus ist ein übergeordnetes Testsystem vorzuhalten und zu betreiben. . Vor Projektbeginn (Transitionsphase) ist das vorhandene Archivgut zu migrieren. Der Umfang der Datenmigration umfasst voraussichtlich ca. 10 bis 20 Terabyte. Die zu migrierenden Daten werden voraussichtlich auf einem externen Speichermedium beigestellt. Im Zusammenhang mit der Datenmigration sind Beratungs- und Serviceleistungen zu erbringen (u.a. Konfigurationsanleitungen, Erstellung von Skripten und Mapping). Die Einhaltung der Datenschutz- und IT-Sicherheitsanforderungen sind (auch für Transportwege) einzuhalten. . Der anfängliche Speicherbedarf für den Betrieb des DAN-GEMAG wird zum Projektbeginn auf ca. 10 bis 20 Terabyte geschätzt. Der Speicherbedarf kann im Projektverlauf (z.B. durch Abruf weiterer Instanzen durch die Magazinpartner) erheblich, auf schätzungsweise bis zu 100 Terabyte ansteigen. Eine Speicherbedarfsanpassung kann ad-hoc (z.B. bei Abruf weiterer Instanzen) bis zu ein Terabyte betragen. Über die Datenspeicherung hinaus ist kurzfristig vorübergehende Speicher- und Rechenkapazität (z.B. für Konvertierungsprozesse) bis zu ein Terabyte zur Verfügung zu stellen. . Zur Sicherstellung der rechtlichen und tatsächlichen Verfügbarkeit muss sich der physische Standort der im Rahmen der Auftragsausführung zur Datenarchivierung/-speicherung eingesetzten Rechenzentren/Server im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates der Europäischen Union unter Ausnahme der in Art. 355 Abs. 1 bis 5 AEUV genannten Gebiete befinden. Darüber hinaus muss sich zur Sicherstellung des Datenschutzes der physische Standort aller zur (auch vorübergehenden) Datenspeicherung oder Datenverarbeitung eingesetzten Komponenten im Geltungsbereich der Verordnung (EU) 2016 /679 (Datenschutz-Grundverordnung) befinden. Weitere Anforderungen an den physischen Standort von Komponenten können sich mittelbar aus den Funktions- und Leistungsanforderung (z.B. Sicherheitsanforderungen an die Daten-/Netzanbindung) des Auftrags ergeben. . Der Datentransfer zwischen den öffentlichen Archiven und den Rechenzentren erfordert stets eine sichere, verschlüsselte Datenverbindung, die vom Betreiber herzustellen und zu unterhalten (betreiben) ist. In der Regel ist eine sichere Anbindung über das „Netz des Bundes - Verbindungsnetz“ (Bund-Länder-Kommunen-Verbindungsnetz, NdB-VN; früher: Deutschland Online Infrastruktur, DOI) erforderlich. Das NdB-VN wird von der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben betrieben ( <https://www.bdbos.bund.de> ). In den sonstigen Fällen ist eine VPN-Verbindung oder eine HTTPS-verschlüsselte Verbindung über das Internet erforderlich. . Dem Projektbeginn (Ziffer 5.1.3) geht eine Transitionsphase zur Systemeinrichtung und Datenmigration voraus, um einen reibungslosen Systemwechsel zu gewährleisten. Die Transitionsphase beginnt unmittelbar nach Vertragsschluss (geplant Ende Q3 2025) und dauert voraussichtlich drei Monate (bis Projektbeginn).

Interne Kennung: 20098-24 DAN-GEMAG-Betrieb

#### **5.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72252000 Datenarchivierung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72317000 Datenspeicherung, 72322000 Datenverwaltung, 72227000 Beratung im Bereich Software-Integration, 72212710 Entwicklung von Datensicherungs- oder Wiederherstellungssoftware, 72260000 Dienstleistungen in Verbindung mit Software

#### **Optionen:**

Beschreibung der Optionen: Perspektivisch ist die Entwicklung und Implementierung eines elektronischen Magazins für Verschlussachen (§ 4 SÜG) mit der Schutzbedarfskategorie „sehr hoch“ nach der IT-Grundschutzmethodik des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) geplant. Es ist vorgesehen, die Möglichkeiten und Bedingungen, unter denen sich dieser Zusatzbedarf in den Auftrag zum Betrieb des DAN-GEMAG integrieren lässt, zum Gegenstand der Verhandlungen im weiteren Verfahren zu machen. . Bedarfsweise (für einige abrufberechtigten Auftraggeber) können die erforderlichen Leistungen zum Betrieb des DAN-GEMAG auch die Konfiguration und das Management von Schnittstellen für archivische Fachanwendungen (z.B. AFIS = Archivisches Fachinformationssystem) einschließen. . Bedarfsweise können die erforderlichen Leistungen auch eine Beteiligung an der Weiterentwicklung der DIMAG-Software einschließen.

#### **5.1.2. Erfüllungsort**

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Erfüllungsort der Einzelabrufe aus der Rahmenvereinbarung ist der jeweilige Sitz der abrufberechtigten öffentlichen Archive (s. Ziffer 2.1) im Gebiet der Bundesländer Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

#### **5.1.3. Geschätzte Dauer**

Datum des Beginns: 01/01/2026

Laufzeit: 6 Jahre

#### **5.1.4. Verlängerung**

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Die Rahmenvereinbarung kann zweimalig um jeweils ein Jahr (auf eine Laufzeit von insgesamt bis zu acht Jahren) verlängert werden.

#### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

#### **5.1.9. Eignungskriterien**

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber haben mit der Interessensbestätigung allgemeine Unternehmensdaten (u.a. Bezeichnung, Rechtsform, Sitz, ggf. verantwortliche Niederlassung, Ansprechpartner, Kontaktdaten) anzugeben. Mit der Interessensbestätigung haben die Bewerber zu erklären, dass sie die rechtlichen Voraussetzungen zur Ausführung der zu vergebenden Leistungen erfüllen, insbesondere die notwendige Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung besitzen. Mit der Interessensbestätigung haben die Bewerber einen aktuellen Auszug aus dem für sie einschlägigen Handels- oder Berufsregister (nicht älter als 3 Monate) sowie im Falle von Personengesellschaften (z.B. KG, GbR) auch für die persönlich haftenden Gesellschafter (jeweils soweit mit Rücksicht auf die Rechtsform vorhanden) oder (bei fehlender Registerpflicht) eine Unternehmensdarstellung mit Angaben zur Rechtsform, den Inhabern/Gesellschaftern und den gesetzlichen Vertretern vorzulegen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber haben mit der Interessensbestätigung Angaben zur Betriebshaftpflichtversicherung zu machen. Es wird eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme je Schadensfall in Höhe von 10 Mio. EUR für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, mindestens zweifach maximiert pro Versicherungsjahr, gefordert. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist eine entsprechende Projektversicherung oder eine Versicherung für alle Mitglieder nachzuweisen. Im Falle einer Unterauftragsvergabe muss sich die Versicherung auch auf die Unterauftragnehmer erstrecken, andernfalls ist eine entsprechende Versicherung der Unterauftragnehmer nachzuweisen. Die Vergabestelle behält sich vor, hierfür Nachweise (z.B. Versicherungspolice oder Bestätigung des Versicherers, nicht des Maklers) vor Vertragsabschluss zu verlangen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber haben mit der Interessensbestätigung Angaben zu Referenzen zu machen, um damit fundierte Erfahrungen durch vergleichbare erbrachte Leistungen (Referenzen) nachzuweisen. Berücksichtigt werden nur solche Referenz-(Teil-)Leistungen, die seit dem 01.01.2016 ausgeführt und zum Ablauf der Bewerbungsfrist entweder (bei Dauerleistungen) über einen Zeitraum von mindestens 12 zusammenhängenden Monaten erbracht wurden oder (bei allen anderen Leistungen) abgeschlossen sind. Die Vergleichbarkeit der Referenzen wird nach pflichtgemäßem Ermessen anhand nachstehender Mindestanforderungen beurteilt. Die Vergabestelle behält sich vor, nähere Angaben zu Referenzen (z.B. Auftraggeber, ausführende Unternehmen, Details der Leistungsausführung) zu verlangen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es wird mindestens eine vergleichbare Referenzleistung für eine Datenmigration von mindestens 2 Terabyte Daten verlangt.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es wird mindestens eine vergleichbare Referenzleistung für eine kleinteilige und gleichzeitige Betreuung einer Mehrzahl an Kunden (einschließlich öffentliche Stellen) verlangt. Der Nachweis ist durch eine Tätigkeitsbeschreibung zu erbringen, aus der folgende Merkmale nachvollziehbar hervorgehen: Die Betreuungsleistung betraf eine Datenspeicherung oder einen Softwarebetrieb (allgemeiner Systembetrieb, Systemadministration und Systemüberwachung/Monitoring). Die Kunden verfügten über keine eigenen IT-Fachkräfte und es erfolgte eine direkte Nutzerbetreuung (Beratung, Support). Über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten hinweg wurden auf diese Weise mindestens fünf Kunden, darunter mindestens zwei öffentliche Stellen, gleichzeitig betreut.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es wird mindestens eine vergleichbare Referenzleistung für den instanziierten oder mandantengetrennten Betrieb einer Spezialsoftware verlangt. Der Nachweis ist durch eine Tätigkeitsbeschreibung zu erbringen, aus der folgende Merkmale nachvollziehbar hervorgehen: Die Software wurde nur von einem eng umgrenzten Nutzerkreis (z.B. eine Branche) genutzt, war nicht allgemein verbreitet und erforderte einen hohen Individualisierungsgrad. Der Softwarebetrieb umfasste mindestens die Installation und über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten hinweg entweder die Administration oder die

Überwachung sowie entweder die Pflege oder die Weiterentwicklung der Software. Der Betrieb erfolgte instanziiert oder mandantentrennt gleichzeitig für mindestens zwei Kunden oder zwei Instanzen eines Kunden.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es wird mindestens eine vergleichbare Referenzleistung für die Erstellung eines IT- Sicherheitskonzeptes mit Risikoanalyse für ein Rechenzentrum mit Sicherheitsanforderungen entsprechend ISO/IEC 27001 und mindestens einer Schutzbedarfskategorie „hoch“ nach der IT-Grundschutzmethodik des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) verlangt.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es wird mindestens eine vergleichbare Referenzleistung für die Herstellung und Unterhaltung (Betrieb) einer verschlüsselten Datenanbindung an ein Rechenzentrum per HTTPS oder SFTP über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten hinweg verlangt.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es wird mindestens eine vergleichbare Referenzleistung für die Herstellung und Unterhaltung (Betrieb) einer Datenanbindung per VPN (Virtual Private Network) an ein Rechenzentrum über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten hinweg verlangt.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es wird mindestens eine vergleichbare Referenzleistung für die Herstellung und Unterhaltung (Betrieb) einer Datenanbindung eines Rechenzentrum nach dem zertifizierten IT-Grundschutzprofil „Verbindungsnetz Teilnehmer-Anschluss“ (VN-TNA) an das „Netz des Bundes - Verbindungsnetz“ (Bund-Länder-Kommunen-Verbindungsnetz, NdB-VN; früher: Deutschland Online Infrastruktur, DOI) der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) über einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten hinweg verlangt.

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber haben mit der Interessensbestätigung Angaben zu den technischen Fachkräften, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, zu machen. Es müssen mindestens 10 hinreichend qualifizierte Fachkräfte mit deutschen Sprachfähigkeiten auf mindestens annähernd muttersprachlichem Niveau (Level C2 GER oder vergleichbar) im Bereich User-Help-Desk (UHD) zur Auftragsausführung zur Verfügung stehen. Zusätzlich muss mindestens ein/e namentlich zu benennende/r Fachinformatiker/in der Fachrichtung Systemintegration (Integration-, Security-, Application-Management, Inhouse- und Hosting Services) mit deutschen Sprachfähigkeiten auf mindestens annähernd muttersprachlichem Niveau (Level C2 GER oder vergleichbar) als separate Ansprechperson zur Auftragsausführung zur Verfügung stehen. Die Vergabestelle behält sich vor, hierfür Nachweise (z.B. Studiennachweise, Zertifikate) vor Vertragsschluss zu verlangen.

Kriterium: Werkzeuge, Anlagen oder technische Ausrüstung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber haben mit der Interessensbestätigung Angaben zur verfügbaren technischen Ausstattung zu machen. Es werden mindestens zwei vorhandene, technisch hinreichend ausgestattete und hochverfügbare Rechenzentren mit

einer ausreichenden Betriebsredundanz gemäß BSI-Kriterien (zwei redundante Standorte im Abstand von mindestens fünf Kilometer Luftlinie) verlangt. Die Rechenzentren müssen mindestens über den folgenden Technologie-Stack (oder vergleichbar) verfügen: Prozessorarchitektur x86-64; Betriebssystem (Server) Linux; Apache HTTP Server inkl. mod\_rewrite; PHP inklusive mysqli, xml, soap, sockets; MariaDB oder MySQL (beides inkl. mysql-cli); SFTP. Sofern die Rechenzentren zum Zeitpunkt der Interessensbestätigung noch nicht alle Anforderungen an den Technologie-Stack erfüllen, ist ein Konzept vorzulegen, aus dem plausibel und nachvollziehbar hervorgeht, dass und wie die Rechenzentren mit allen geforderten Anforderungen ab Vertragsschluss kurzfristig verfügbar gemacht werden. Hierzu sind die erforderlichen Schritte und der jeweils erforderliche Zeitbedarf eingehend, verbindlich und überprüfbar darzulegen. Die Vergabestelle behält sich vor, nähere Angaben und Erläuterungen sowie eine Aktualisierung des Konzeptes vor Vertragsschluss zu verlangen.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber haben mit der Interessensbestätigung eine akkreditierte Zertifizierung für den Rechenzentrumsbetrieb gemäß ISO/IEC 27001 vorzulegen.

#### **5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

##### **Verfahrensbedingungen:**

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Interessensbestätigung: 20 /11/2024

##### **Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://langwieser.de/interessensbekundung>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Frist für den Eingang der Interessenbekundungen: 14/11/2024 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

##### **Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Auftrags- oder Vertragsbedingungen können umweltbezogene, soziale oder beschäftigungspolitische Ausführungsbedingungen (§ 128 Abs. 2 GWB) enthalten, z.B. zum Umweltschutz (Energieeffizienz, CO<sub>2</sub>-Reduzierung), zum Mindeststundenentgelt (Mindestlohn), zur Frauenförderung und zur Verhinderung von Benachteiligungen.

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Bieter-/Arbeitsgemeinschaften bilden kraft Gesetzes eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts und haften als Gesamtschuldner für die Auftragsausführung. Die Vergabestelle behält sich vor, von allen Mitgliedern eine unterzeichnete oder qualifiziert elektronisch signierte/gesiegelte Bestätigung vor Vertragsschluss einzuholen.

#### **5.1.15. Techniken**

##### **Rahmenvereinbarung:**

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Begründung der Laufzeit der Rahmenvereinbarung: Gegenstand des Auftrags ist die Sicherstellung einer dauerhaften („ewigen“) Erhaltung und Verfügbarkeit von wichtigen

elektronischen Aufzeichnungen. Die Beständigkeit und Dauerhaftigkeit der Daten prägt das Wesen des Auftrags. Das steht einem häufigen und schnellen Betreiber- und Systemwechsel mit einer jeweils erforderlichen Datenmigration und Neuintegration von Natur aus entgegen. Die Datenintegrität hat höchste Priorität. Unbeschadet dessen sind der Einsatz und die Weiterentwicklung der DIMAG-Software wesentliche Bestandteile des Auftrags. Der Aufbau des hierfür notwendigen Spezial-Know-Hows erfordert einen längeren Zeitraum. Ein wesentlicher Entwicklungsschritt im DIMAG-Archivierungssystem ist für das Jahr 2029 geplant. Die Implementierungsphase dieser Weiterentwicklungsstufe darf nicht mit der Transitionsphase eines Betreiber- und Systemwechsels zusammenfallen.

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Berlin

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß §§ 160 Abs. 3, 135 Abs. 2, 168 Abs. 2

GWB: Die Vergabekammer (s. Abschnitt 8: Überprüfungsstelle) leitet ein

Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller den zur Nachprüfung beantragten Vergaberechtsverstoß nicht zuvor rechtzeitig gegenüber der Vergabestelle gerügt hat. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der Eingang der Rüge bei der Vergabestelle. Eine Rüge ist nicht rechtzeitig, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen erfolgt, nachdem der Antragsteller den Vergaberechtsverstoß erkannt oder sich dieser Kenntnis mutwillig verschlossen hat. Eine Rüge ist außerdem nicht rechtzeitig, wenn der Vergaberechtsverstoß aufgrund einer Bekanntmachung oder aufgrund der zur Interessensbestätigung zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen erkennbar war und die Rüge nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Interessensbestätigung (Bewerbungsfrist) erfolgt ist. Eine Rüge ist darüber hinaus nicht rechtzeitig, wenn der Vergaberechtsverstoß aufgrund einer Aufforderung zur Angebotsabgabe oder aufgrund der zur Angebotserstellung zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen erkennbar war und die Rüge nicht spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist erfolgt ist. Ein Nachprüfungsantrag ist weiterhin unzulässig, wenn nach dem Eingang einer Mitteilung der Vergabestelle beim Antragsteller, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind. Ein Nachprüfungsantrag ist zudem dann unzulässig, wenn der Zuschlag wirksam erteilt wurde (Vertragsschluss). Der Vertrag darf 10 Kalendertage nach Absendung der Information über den Abschluss des Vertrages durch die Vergabestelle an die betroffenen und nicht berücksichtigten Bieter geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch die Vergabestelle. Die Unwirksamkeit eines Vertragsschlusses kann nur festgestellt werden, wenn sie innerhalb von 30 Kalendertagen nach der vorgenannten Information, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss, im Nachprüfungsverfahren geltend gemacht worden ist. Wurde der Abschluss des Vertrages im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach der Veröffentlichung der Bekanntmachung über den Vertragsschluss im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Langwieser Rechtsanwälte PartmbB

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Langwieser Rechtsanwälte PartmbB

Beschaffungsdienstleister: Langwieser Rechtsanwälte PartmbB

---

## 8. Organisationen

### 8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Kooperationsverbund digitale Archivierung Nord (DAN)  
Registrierungsnummer: t:03315674211  
Abteilung: vertreten durch das Land Brandenburg, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA)  
Postanschrift: Am Mühlenberg 3  
Stadt: Potsdam  
Postleitzahl: 14476  
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)  
Land: Deutschland  
Kontaktperson: siehe Vergabestelle  
E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)  
Telefon: +49 30 762 39 26 24  
Fax: +49 30 762 39 26 20

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer  
Federführendes Mitglied  
Zentrale Beschaffungsstelle, die für andere Beschaffer bestimmte Lieferungen und/oder Dienstleistungen erwirbt

**8.1. ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: Land Brandenburg - Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA)  
Registrierungsnummer: 12-121096894457422-62  
Postanschrift: Am Mühlenberg 3  
Stadt: Potsdam  
Postleitzahl: 14476  
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)  
Land: Deutschland  
Kontaktperson: siehe Vergabestelle  
E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)  
Telefon: +49 30 762 39 26 24  
Fax: +49 30 762 39 26 20

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

**8.1. ORG-0003**

Offizielle Bezeichnung: Land Berlin - Landesarchiv Berlin (LA Berlin)  
Registrierungsnummer: 11-1300814000-50  
Postanschrift: Eichborndamm 115  
Stadt: Berlin  
Postleitzahl: 13403  
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)  
Land: Deutschland  
Kontaktperson: siehe Vergabestelle  
E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)  
Telefon: +49 30 762 39 26 24  
Fax: +49 30 762 39 26 20

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

**8.1. ORG-0004**

Offizielle Bezeichnung: Freie Hansestadt Bremen - Staatsarchiv Bremen (StAB)

Registrierungsnummer: 04000000-258X01-24  
Postanschrift: Am Staatsarchiv 1  
Stadt: Bremen  
Postleitzahl: 28203  
Land, Gliederung (NUTS): Bremen, Kreisfreie Stadt (DE501)  
Land: Deutschland  
Kontaktperson: siehe Vergabestelle  
E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)  
Telefon: +49 30 762 39 26 24  
Fax: +49 30 762 39 26 20  
**Rollen dieser Organisation:**  
Beschaffer

#### 8.1. **ORG-0005**

Offizielle Bezeichnung: Land Mecklenburg-Vorpommern - Landesamt für Kultur und Denkmalpflege / Landeshauptarchiv Schwerin (LHA MV)  
Registrierungsnummer: 13-L72510001000-21  
Postanschrift: Graf-Schack-Allee 2  
Stadt: Schwerin  
Postleitzahl: 19053  
Land, Gliederung (NUTS): Schwerin, Kreisfreie Stadt (DE804)  
Land: Deutschland  
Kontaktperson: siehe Vergabestelle  
E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)  
Telefon: +49 30 762 39 26 24  
Fax: +49 30 762 39 26 20  
**Rollen dieser Organisation:**  
Beschaffer

#### 8.1. **ORG-0006**

Offizielle Bezeichnung: Land Sachsen-Anhalt - Landesarchiv Sachsen-Anhalt (LASA)  
Registrierungsnummer: 15-1206-61  
Postanschrift: Brückstraße 2  
Stadt: Magdeburg  
Postleitzahl: 39114  
Land, Gliederung (NUTS): Magdeburg, Kreisfreie Stadt (DEE03)  
Land: Deutschland  
Kontaktperson: siehe Vergabestelle  
E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)  
Telefon: +49 30 762 39 26 24  
Fax: +49 30 762 39 26 20  
**Rollen dieser Organisation:**  
Beschaffer

#### 8.1. **ORG-0007**

Offizielle Bezeichnung: Land Schleswig-Holstein - Landesarchiv Schleswig-Holstein (LA SH)  
Registrierungsnummer: 01-10010742-90  
Postanschrift: Prinzenpalais 1  
Stadt: Schleswig  
Postleitzahl: 24837  
Land, Gliederung (NUTS): Schleswig-Flensburg (DEF0C)

Land: Deutschland  
Kontaktperson: siehe Vergabestelle  
E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)  
Telefon: +49 30 762 39 26 24  
Fax: +49 30 762 39 26 20  
**Rollen dieser Organisation:**  
Beschaffer

#### 8.1. ORG-0008

Offizielle Bezeichnung: Langwieser Rechtsanwälte PartmbB  
Registrierungsnummer: DE286274079  
Abteilung: Vergabestelle  
Postanschrift: Kurfürstendamm 59  
Stadt: Berlin  
Postleitzahl: 10707  
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)  
Land: Deutschland  
Kontaktperson: Vergabestelle  
E-Mail: [vergabe@langwieser.de](mailto:vergabe@langwieser.de)  
Telefon: +49 30 762 39 26 24  
Fax: +49 30 762 39 26 20  
**Rollen dieser Organisation:**  
Beschaffungsdienstleister  
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt  
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

#### 8.1. ORG-0009

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin  
Registrierungsnummer: 11-1300000V00-74  
Postanschrift: Martin-Luther-Straße 105  
Stadt: Berlin  
Postleitzahl: 10825  
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [vergabekammer@senweb.berlin.de](mailto:vergabekammer@senweb.berlin.de)  
Telefon: +49 30 90138316  
Fax: +49 30 90137613  
**Rollen dieser Organisation:**  
Überprüfungsstelle

#### 8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Publications Office of the European Union  
Registrierungsnummer: PUBL  
Stadt: Luxembourg  
Postleitzahl: 2417  
Land, Gliederung (NUTS): Luxembourg (LU000)  
Land: Luxemburg  
E-Mail: [ted@publications.europa.eu](mailto:ted@publications.europa.eu)  
Telefon: +352 29291  
Internetadresse: <https://op.europa.eu>  
**Rollen dieser Organisation:**

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5ac48760-7923-4892-a914-1e32284a04de - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Vorinformation oder eine regelmäßige nicht verbindliche Bekanntmachung als Aufruf zum Wettbewerb – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 10

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 10/10/2024 17:20:41 (UTC+00:00)

Westeuropäische Zeit, GMT

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 620174-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 200/2024

Datum der Veröffentlichung: 14/10/2024